

# Glarus heizt den Sprachenstreit an

Der Bund, 13.11.2015

**Der Kanton Glarus bleibt bei seiner Praxis: Französisch ist in der Real- und Oberschule fakultativ. Bildungspolitiker sind konsterniert.**

**Claudia Blumer**

Der Regierungsrat habe es sich nicht einfach gemacht, sagt Bildungsdirektor Benjamin Mühlemann (FDP). Man habe zwischen «staatspolitischen Überlegungen und bewährter Praxis» abwägen müssen und sich schliesslich für das Bewährte entschieden: dafür, dass der Französischunterricht in der Real- und Oberschule ein Wahlpflichtfach bleibt. Die Schüler können statt Französisch auch ein praktisches Fach belegen, etwa «textiles und technisches Gestalten».

Ausschlaggebend für den am Mittwoch kommunizierten Entscheid sei die einhellige Reaktion in der Vernehmlassung gewesen, sagt Mühlemann. Lehrer, Schulleiter, Gemeindevertreter - alle waren der Ansicht, dass schwächere Schüler zu stark belastet würden, wenn man ihnen entgegen persönlichen Neigungen eine Fremdsprache aufbürdet.

Damit wird im Kanton Glarus weiterhin ein knappes Drittel der Schulabgänger Französisch lediglich auf Primarschulniveau verstehen. Das ist insofern problematisch, als das seit 2007 geltende eidgenössische Sprachengesetz das Beherrschen einer zweiten Landessprache für Volksschulabsolventen vorschreibt. Auch die Bundesverfassung und die Empfehlungen der Erziehungsdirektoren (EDK) zielen darauf ab. Von den Kantonen wird erwartet, dass sie ihre Lehrpläne in diesem Sinn anpassen. Auch Aargau, Appenzell Ausserrhoden,

Schwyz und Uri kennen solche Dispen-sationsregelungen für den Französisch-unterricht in der Oberstufe.

## **Erboste Reaktionen**

Der Glarner Entscheid ist Zündstoff in einer ohnehin angeheizten Diskussion. Mehrere Kantone tun sich schwer mit den nationalen Vorgaben, Bevölkerung und Lehrerschaft üben Widerstand. Bundesrat und Parlament halten dagegen. Erst letzte Woche hat die national-rätliche Bildungskommission ihre parlamentarische Initiative behandelt, welche die Pflicht zum Fremdsprachenunterricht konkretisieren will. Der Vorstoss wurde dann sistiert, nachdem Innenminister Alain Berset den Kommissionsmitgliedern versprochen hatte, er werde eingreifen, falls ein Kanton aus-

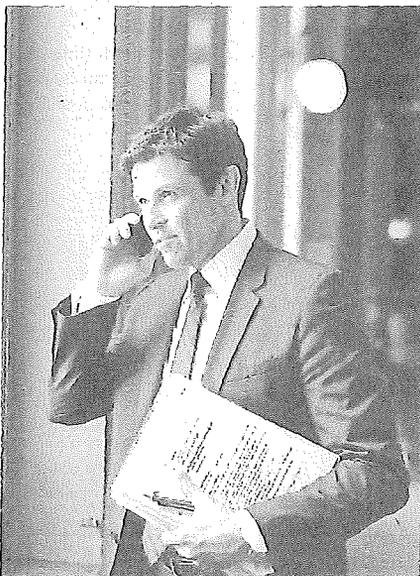
schere. Zwar geht es in diesem Vorstoss um die Primarstufe, doch auch beim Oberstufenfranzösisch gelten die Ziele in Gesetz und Verfassung.

Der Entscheid von Glarus sei ein «Affront», sagt Kommissionspräsident Matthias Aebischer (SP, BE): «Ein Affront gegenüber allen Landessprachen und -regionen.» Statt auf den erklärten Konsens zu bewege sich der Kanton Glarus genau in die entgegengesetzte Richtung. Raphaël Comte, FDP-Nationalrat aus Neuenburg, sieht darin einen Beweis dafür, dass der Bundesrat handeln müsse. «Abwarten bringt nichts. Wenn der Glarner Entscheid schon vor einer Woche bekannt gewesen wäre, hätte die Bildungskommission die parlamentarische Initiative sicher nicht sistiert.»

## **«Staatspolitisch gefährlich»**

Ein Eingreifen des Bundes wäre «staatspolitisch gefährlicher», als über pragmatische Lösungen einzelner Kantone hinwegzusehen, meint Regierungsrat Mühlemann. «Das gäbe eine unschöne Auseinandersetzung.» Und doch könnte das Szenario Realität werden. Das zeigt die Reaktion von Christoph Eymann, Basler Erziehungsdirektor und EDK-Präsident: Es sei zu bedauern, dass ein Kanton den Lehrplan 21 auf diese Weise umsetze, sagt er. «Die nationalen Bildungsziele, die in der zweiten Landessprache per Ende der Primarstufe und per Ende der obligatorischen Schule zu erreichen sind, gelten grundsätzlich für alle.»

Individuelle Ausnahmen seien möglich, jedoch die zweite Landessprache generell zum Wahlpflichtfach für einen Teil der Schülerschaft zu erklären, sei «problematisch». Die «weiterführende politische Beurteilung» dieses Entscheids werde die EDK mit dem Bund anschauen müssen.



**SP-Nationalrat Aebischer spricht von einem Affront der Glarner. Foto: Keystone**